

Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement  
Staatssekretariat für Migration SEM  
3003 Bern

Bern, 27. November 2018/YB  
VL Integrationspauschalen

Per Mail an: [SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch](mailto:SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch)

**Änderung der Asylverordnung 2 und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern; Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz und Abgeltung der Kantone für die Kosten von unbegleiteten Minderjährigen im Asyl- und Flüchtlingsbereich  
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Der vorliegende Gesetzesentwurf beinhaltet einerseits die Erhöhung der Integrationspauschalen von 6'000 auf 18'000 Franken und andererseits die Erhöhung der Globalpauschalen zur Deckung der Zusatzkosten, die im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen (MNA) entstehen. FDP.Die Liberalen stimmt beiden Erhöhungen im Grundsatz zu.

Das Asylwesen verursacht bei den Kantonen und Gemeinden enorme Kosten. Die FDP fordert deshalb schon lange eine höhere Kostenbeteiligung durch den Bund zuhanden der Kantone (siehe Positionspapier „[Harte, aber faire Asylpolitik](#)“). Im Sinne des Verursacherprinzips ist es richtig, dass sich der Bund angemessen an den finanziellen Lasten beteiligt, schliesslich trägt er die volle Verantwortung für die grosszügige Anerkennungspraxis. Anstatt eines Ausbaus der Integrationsförderung hätte die FDP bevorzugt, wenn die Vergütung der Globalpauschalen durch den Bund auf zehn Jahre verlängert worden wäre. Da nun aber Bund und Kantone eine einvernehmliche Lösung für eine verbesserte Kostenteilung gefunden haben, unterstützen wir diese Lösung.

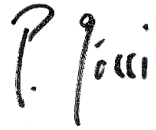
Mit der Verdreifachung der Integrationspauschalen stehen die Kantone in der Pflicht. Sie müssen für eine wirksame Integrationsförderung sorgen, damit in Zukunft tatsächlich eine Senkung der Sozialhilfekosten erreicht werden kann. Die diesbezügliche Schätzung im erläuternden Bericht, der mit einer jährlichen Reduktion der Sozialhilfekosten von 66 Mio. Franken rechnet, ist optimistisch. Um die Zielerreichung kontrollieren zu können, verlangen wir ein Kosten/Nutzen-Monitoring sowie die regelmässige Berichterstattung an das Parlament. Zudem vermischen wir Sanktionsmöglichkeiten für den Fall, dass die Kantone ihre Aufgaben im Asylbereich ungenügend wahrnehmen. Neben der Integration stehen die Kantone vor allem beim konsequenten Vollzug von Rückschaffungen in der Verantwortung.

Schliesslich stimmen wir der Erhöhung der Globalpauschale, um den Kantonen die Zusatzkosten für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen abzugelten, zu. Wir begrüssen aus verfahrensökonomischen Gründen, dass am bisherigen Abgeltungssystem mit den Globalpauschalen festgehalten wird. Die spezifisch für die MNA vorgesehenen Beträge werden demnach nicht in einer separaten Pauschale ausbezahlt, sondern anteilmässig auf alle Globalpauschalen, die für Personen im Asylrecht ausbezahlt werden, verteilt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi  
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz